

**Protokoll
über die 58. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen am
22.02.2018**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr
Ort: Stadthaus, Raum E 070, Am Packhof 2 - 6,
19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Schulte, Bernd entsandt durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Schmidt, Stefan entsandt durch Fraktion DIE LINKE

ordentliche Mitglieder

Bandlow, André entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bruhn, Stefan entsandt durch SPD-Fraktion
Lerche, Dirk entsandt durch ZG AfD

stellvertretende Mitglieder

Döring, Karin entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Steinmüller, Rolf entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

Verwaltung

Badenschier, Rico, Dr.
Blohm, Renate
Czerwonka, Frank
Gabriel, Manuela
Grotelüschen, Christel
Helms, Michael
Jäger, Stefan
Klinkenberg, Mark
Riemer, Daniel
Schlick, Stefan
Smerdka, Bernd-Rolf, Dr.
Stahl, Martina
Wedel, Ulrich

Gäste

Bender, Steffen

Leitung: Bernd Schulte

Schriftführer: Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 57. Sitzung vom 07.12.2017 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
hier: Information zum Zeitplan Doppelhaushalt 2019/2020 der LH Schwerin
4. Beratung von Anträgen
 - 4.1. Anreize für Bauzeitverkürzung schaffen
Wiedervorlage aus der 57. FiA Sitzung vom 07.12.2017
Vorlage: 01174/2017
 - 4.2. Hundekotbeutel aus verrottungsfähigem Material
Vorlage: 01236/2017
 - 4.3. Angebot der Schwimmhalle Dreesch verbessern
Vorlage: 01237/2017
 - 4.4. Professioneller Jugendtreff für das Mueßer Holz | neuer Betreff:
Professioneller Kinder- und Jugendtreff für das Mueßer Holz
Vorlage: 01274/2017
 - 4.5. Sozialpädagogische Begleitung der Kindertafeln sichern
Vorlage: 01319/2018

- 4.6. Keine Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Baumaßnahme „Am Friedensberg“
Vorlage: 01335/2018

- 5. Beratung von Beschlussvorlagen

- 5.1. 1. Information zum Sachstand der Sicherungsmaßnahme Deponie Finkenkamp
2. Überplanmäßige Ausgabe
Vorlage: 01217/2017

- 5.2. Überplanmäßige Personalaufwendungen und - auszahlungen im Doppelhaushaltsjahr 2018
Vorlage: 01336/2018

- 6. Kenntnisnahme von Beschlussvorlagen

- 6.1. Richtlinie der Landeshauptstadt Schwerin zur Bestimmung der Bedarfe nach § 22 SGB II (Bedarfe für Unterkunft und Heizung)/ §§ 35 SGB XII (Unterkunft und Heizung) und 36 SGB XII (Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft) ab 01.01.2018
Vorlage: 01311/2018

- 6.2. Bericht zur vorläufigen Finanzrechnung zum 31.12.2017
Vorlage: 01338/2018

- 7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen eröffnet die Ausschusssitzung, begrüßt die Anwesenden, insbesondere den Oberbürgermeister als neuen Finanzdezernenten und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der vorgelegten Tagesordnung einschließlich der Nachtragstagesordnung wird ohne Änderungen zugestimmt.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 57. Sitzung vom 07.12.2017 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Der Sitzungsniederschrift wird ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 3 Mitteilungen der Verwaltung
hier: Information zum Zeitplan Doppelhaushalt 2019/2020 der LH Schwerin**

Bemerkungen:

Der Oberbürgermeister informiert über die geplante Terminkette zum Doppelhaushalt 2019/2020. Ziel der Verwaltung ist es, der Stadtvertretung am 29.10.2018 den Haushaltsplanentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen. Das bedeutet, dass am 04. September in einer gemeinsamen öffentlichen Sitzung von Haupt- und Finanzausschuss der Haushaltsplanentwurf eingebracht wird. Es folgen dann die Beratungen in den Fachausschüssen sowie planmäßige und Sondersitzungen im Finanzausschuss.

Der Grund für die geplante Zeitschiene ist die frühzeitige Vorlage des Doppelhaushaltes bei der Kommunalaufsicht mit dem Ziel, eine Haushaltsgenehmigung noch im Haushaltsjahr 2018, zumindest aber frühzeitig in 2019 zu erhalten.

Zu den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen fügt Herr Schulte an, dass auch die Fachausschüsse die Möglichkeit von Sondersitzungen in Erwägung ziehen können, falls es dazu Bedarfe gibt.

Herr Schulte erwähnt die geplanten Termine der Stadtvertretung und merkt an, dass 7 Stadtvertretungen in einem Haushaltsjahr für ihn zu wenig erscheinen. Weitere Ausschussmitglieder schließen sich dieser Auffassung an.

zu 4 Beratung von Anträgen

**zu 4.1 Anreize für Bauzeitverkürzung schaffen
Wiedervorlage aus der 57. FiA Sitzung vom 07.12.2017
Vorlage: 01174/2017**

Bemerkungen:

Einleitend erklärt Herr Schulte, dass alle vom Ausschuss erbetenen Unterlagen durch den Fachdienst zur Verfügung gestellt wurden. Auf die Information, dass der Fachausschuss diesen Antrag abgelehnt hat, empfiehlt Herr Bandlow sich als Finanzausschuss daran zu orientieren.

Nachfragen einiger Ausschussmitglieder beantwortet Herr Dr. Smerdka.

Beschluss: abgelehnt

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in den Submissionsunterlagen für künftige Tiefbau- und Straßenbauprojekte, die einen zeitlichen Rahmen von 4 Wochen übersteigen, einen Passus für Prämienzahlungen oder auch Nebengebote für Bauzeitverkürzung an Hauptstraßen als Mittel für Umleitungs- und Staureduzierung einzusetzen. Eine geeignete Regelung soll künftig sowohl für stadteigene als auch für Bauprojekte der kommunalen Gesellschaften Anwendung finden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	0
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	2

zu 4.2 Hundekotbeutel aus verrottungsfähigem Material Vorlage: 01236/2017

Bemerkungen:

Herr Schmidt erklärt, dass er vor den finanziellen Auswirkungen die ökologische Betrachtung vorziehe und deshalb dem Antrag zustimmen kann. Außerdem sei eine Kostenreduzierung insgesamt für die Hundekotbeutel zu verzeichnen.

Herr Bandlow stimmt den Ausführungen zu und bittet die Verwaltung Haushaltsmittel für diese Hundekotbeutel in den Haushalt 2019/2020 einzustellen.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die SDS anzuweisen die bisherigen Hundekotbeutel zukünftig durch solche aus verrottungsfähigem Material zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	0

zu 4.3 Angebot der Schwimmhalle Dreesch verbessern Vorlage: 01237/2017

Bemerkungen:

Frau Gabriel, Leiterin des Fachdienstes Bildung und Sport erklärt auf Nachfrage zur Jahreskarte, dass man verwaltungsseitig derzeit keinen Bedarf sehe.

Nach kurzer Debatte gibt es Einigkeit dahingehend, die Verwaltung um kurzfristige Darstellung der möglichen Tarife für eine Jahreskarte und auch für eine Monatskarte zu bitten. Hierfür ist eine kostenpflichtige Anpassung des Kassensystems erforderlich, erklärt Frau Gabriel.

Nach Vorliegen der Kostendarstellung wird entschieden, ob es eine gemeinsame Sitzung von Haupt- und Finanzausschuss vor der Stadtvertretung am 12.03.2018 gibt.

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage vor der Stadtvertretung am 12.03.2018

**zu 4.4 Professioneller Jugendtreff für das Mueßer Holz | neuer Betreff:
 Professioneller Kinder- und Jugendtreff für das Mueßer Holz
 Vorlage: 01274/2017**

Bemerkungen:

Einleitend erklärt Herr Schmidt, dass er den Änderungsantrag der SPD Fraktion - den Antrag der Fraktion DIE LINKE in einen Prüfauftrag zu ändern – für überflüssig hält, weil die Verwaltung derzeit das Strategiepapier erstellt.

Dazu antwortet Herr Klinkenberg, Leiter Fachdienst Jugend, dass das Strategiepapier aktuell erarbeitet wird. Im Stadtteil Mueßer Holz ist ein großer Bedarf an professioneller Jugendarbeit zu verzeichnen. Derzeit werden verschiedene Möglichkeiten der Bereitstellung von Räumlichkeiten geprüft, wobei auch Containermöglichkeiten nicht ausgeschlossen sind.

Geprüft wird auch, diese Aufgabe in kommunaler Hand zu nehmen und nicht einem Träger zu übergeben. Nach derzeitigen Einschätzungen wären dafür 3 Personalstellen vorzusehen.

Herr Bandlow merkt dazu an, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln für präventive Aufgaben wichtig sei. So kann jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen und in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sozialpädagogische Hilfen angeboten werden. Die soziale Integration wird gefördert und dadurch einer möglichen Entwicklung von schwierigen Fällen entgegengewirkt, was auch eine Kostenreduzierung bedeuten könnte.

Im Ergebnis der Diskussion gibt es Einigkeit dahingehend, über diesen Antrag heute nicht zu votieren, weil vom Fachausschuss noch kein abschließendes Votum vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage

zu 4.5 Sozialpädagogische Begleitung der Kindertafeln sichern
Vorlage: 01319/2018

Bemerkungen:

Herr Klinkenberg erklärt auf Nachfrage, dass keine fachlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter bei der Kindertafel angestellt sind. Die Beschäftigten sind rein für die Zubereitung und Ausgabe der Mahlzeiten zuständig. Auf Nachfrage von Herrn Bruhn, wie die Bedarfe geprüft werden antwortet Herr Klinkenberg, dass es bei den freien Trägern Anfragen gibt.

Im Ergebnis der Diskussion gibt es Einigkeit dahingehend, diesen Antrag erst abschließend zu votieren, wenn das Votum des Fachausschusses vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage

zu 4.6 Keine Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Baumaßnahme „Am Friedensberg“
Vorlage: 01335/2018

Bemerkungen:

Herr Steinmüller von der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag und weist gleichzeitig darauf hin, dass Herr Bender als Gast an der FiA Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend ist.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Rechtslage und erklärt, dass im § 8 KAG M-V die Beitragserhebungspflicht festgelegt ist. Der Antrag sei nicht zulässig. Die Nichterhebung von Straßenausbaubeiträgen würde einen Verstoß gegen abgaben- und kommunalverfassungsrechtliche Vorschriften darstellen. Zu beachten in diesem Fall sei auch, dass es Anliegerförderungen gab.

Herrn Bender wird nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters das Rederecht erteilt.

Er erklärt, dass es zwischen den Ausführungen zum beabsichtigten Radwegebau durch die SDS in der Stadtvertretung und der Beitragserhebung Lücken gäbe. So sollte die SDS prüfen, ob eine Anliegerförderung besteht, das Prüfergebnis dazu fehle in den eingesehenen Unterlagen.

Das RPA erteilte einen Prüfauftrag, zu dem kein Prüfergebnis vorgelegt wurde. Durch den Umlegungsausschuss ist ein privater Bereich in einen öffentlichen Bereich umgewidmet worden.

Frau Grotelüschen, Teamleiterin Erschließungs- und Ausbaubeiträge, fügt an, dass die Baumaßnahmen 2015 fertig gestellt waren, die letzte Unternehmerrechnung dann 2016 vorlag. Die von der SDS angeforderten Unterlagen seien mit dem Ergebnis geprüft worden, dass es sich um eine beitragsfähige Baumaßnahme handelte und daraufhin die Beitragserhebung durchgeführt wurde.

Vor dem Hintergrund der wohl bestandenen Kommunikationsprobleme wird sich die Fraktion DIE LINKE bei der Abstimmung zu diesem Antrag enthalten, kündigt Herr Schmidt an.

Beschluss: abgelehnt

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Straßenausbaubeiträge für die Baumaßnahme „Am Friedensberg“ nicht zu erheben und ggf. erlassene Bescheide ersatzlos aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	2

zu 5 Beratung von Beschlussvorlagen

zu 5.1 1. Information zum Sachstand der Sicherungsmaßnahme Deponie Finkenkamp 2. Überplanmäßige Ausgabe Vorlage: 01217/2017

Bemerkungen:

Herr Schlick, Bereichsleiter des ZGM informiert über den Stand der Sicherungsmaßnahme und die dazu erforderlichen Mehraufwendungen in Höhe von 800 T€.

Herr Schmidt kritisiert den Pkt. 2 des Beschlussvorschlages, weil die Höhe der Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen nicht aufgeführt sind. Herr Bandlow schließt sich den Ausführungen von Herrn Schmidt an.

Nach Erklärung der Deckung der Mehrkosten durch Herrn Riemer gibt es nach kurzer Beratung folgende Festlegung:

- Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages ist dahingehend zu ergänzen, dass die überplanmäßigen Mehraufwendungen und –auszahlungen betragsmäßig ergänzt werden. Die Änderung ist dem Hauptausschuss mitzuteilen.
- Sollten die zu erwartenden Mehraufwendungen/-auszahlungen in Höhe von 800 T€ nicht ausreichend sein, so ist der Finanzausschuss darüber zu informieren.

Beschluss: geändert

1. Der Sachstand der Sicherungsmaßnahme Deponie Finkenkamp wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtvertretung beschließt überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für 2018 im TH 11 für die Sanierung der ehemaligen Deponie Finkenkamp in Höhe von 800.000 €.

**Abstimmungsergebnis: einschließlich des zu ändernden
Beschlussvorschlages Nr. 2**

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

**zu 5.2 Überplanmäßige Personalaufwendungen und - auszahlungen im
Doppelhaushaltsjahr 2018
Vorlage: 01336/2018**

Bemerkungen:

Der Oberbürgermeister erläutert eingangs, dass diese Vorlage der überplanmäßigen Personalaufwendungen nicht erforderlich wäre, hätte man eine Haushaltsplanung im Haushaltsjahr 2017 für den Haushalt 2018 vorgenommen. Der Doppelhaushalt 2017/2018 wurde aber im Haushaltjahr 2016 erarbeitet und zu diesem Zeitpunkt waren die in der Vorlage genannten Gründe nicht vorhersehbar. Der OB führte zudem aus, dass die Vorlage bereits zu diesem Zeitpunkt der Politik vorgelegt werde, um ggfs. jetzt noch über Regulierungsmöglichkeiten sprechen zu können.

Überplanmäßig heißt unabweisbar, unvorhersehbar, sagt Herr Bandlow. Er vertritt die Auffassung, dass diese Vorlage zu Beginn eines Haushaltsjahres noch nicht erforderlich ist, weil es im Laufe des Jahres Gründe und Entwicklungen geben kann, die diesen Mehrbedarf nicht mehr erfordern.

Frau Stahl, Leiterin der Fachgruppe Personal, erklärt gegenüber Herrn Bandlow, dass die in der Vorlage angeführten Gründe für den Mehrbedarf im Herbst 2016 tatsächlich unvorhersehbar und damit nicht planbar waren. Sie führt zu den Gründen in der Beschlussvorlage detailliert aus und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Abstimmung darüber, ob die Vorlage in der heutigen FiA Sitzung votiert werden soll oder erst in der Sitzung am 15.03.2018, gibt es Zustimmung (4/2/1) darüber, heute zu votieren.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt überplanmäßige Personalaufwendungen in Höhe von 650.000 € und überplanmäßige Personalauszahlungen in Höhe von 650.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

zu 6 Kenntnisnahme von Beschlussvorlagen

- zu 6.1 **Richtlinie der Landeshauptstadt Schwerin zur Bestimmung der Bedarfe nach § 22 SGB II (Bedarfe für Unterkunft und Heizung)/ §§ 35 SGB XII (Unterkunft und Heizung) und 36 SGB XII (Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft) ab 01.01.2018**
Vorlage: 01311/2018

Bemerkungen:

Der Grund, warum die Verwaltung diese Richtlinie überarbeitete und den politischen Gremien zur Kenntnis gibt ist der qualifizierte Mietspiegel, der zum 01. Januar 2018 fortgeschrieben wurde, erläutert Herr Jäger Leiter Fachgruppe Wirtschaftliche Hilfe.

Die Nettokaltmiete wird von 4,88 € auf 5,06 € pro Quadratmeter angehoben, was eine Erhöhung des Quadratmeterpreises um 0,18 € bedeutet und finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben wird.

Der Oberbürgermeister weist auf die letzte Tabelle der Vorlage hin und erklärt, dass mit ca. 75 T€ monatlichen Mehrkosten zu rechnen sei.

Auf die Frage von Herrn Schulte nach dem Ergebnis des Gespräches mit Herrn Fischer vom Mieterbund weist Herr Jäger darauf hin, dass noch kein abschließendes Ergebnis vorliegt. Es gibt noch einen weiteren Gesprächstermin. Herr Schulte bittet die Verwaltung nach Abschluss der Gespräche um eine Information über das Gesprächsergebnis mit dem Mieterbund. Herr Jäger sagt dies zu.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Richtlinie der Landeshauptstadt Schwerin zur Bestimmung der Bedarfe nach § 22 SGB II (Bedarfe für Unterkunft und Heizung)/ §§ 35 SGB XII (Unterkunft und Heizung) und 36 SGB XII (Sonstige Hilfen zur Sicherung der Unterkunft) in der ab 01.01.2018 geltenden Fassung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

- zu 6.2 **Bericht zur vorläufigen Finanzrechnung zum 31.12.2017**
Vorlage: 01338/2018

Bemerkungen:

Herr Riemer FD Leiter Kämmerei, Finanzsteuerung informiert darüber, dass das Haushaltsjahr 2017 mit einem negativen Saldo von 10,1 Mio € abgeschlossen wurde. In der Konsolidierungsvereinbarung wurde ein Saldo von – 10,4 Mio € vereinbart, d.h. dass das vereinbarte Ziel erreicht wurde.

Herr Riemer weist darauf hin, dass dieses positive Ergebnis trotz der flüchtlingsbedingten Mehrauszahlungen erreicht werden konnte.

Das Konsolidierungsziel für 2018 ist auch unter Berücksichtigung von Risiken erreichbar, erklärt Herr Riemer.

Beschluss:

Der vorliegende Bericht wird durch den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

Es gibt keine Mitteilungen und Informationen zu diesem TOP.

gez. Bernd Schulte

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

Protokollführer/in